



Eckhard Gnodtke
Mitglied des Deutschen Bundestages

Pressemitteilung

Corona-Krise: "Da, wo es sinnvoll erscheint, wird nachgebessert"

Berlin, 3. April 2020

Bezug:
Anlagen:

Eckhard Gnodtke, MdB

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: +49 30 227-75297
Fax: +49 30 227-70297
eckhard.gnodtke@bundestag.de

Wahlkreisbüro Salzwedel:

Lohteich 35
29410 Salzwedel
Telefon: +49 3901-3939540
Fax: +49 3901-3939542
eckhard.gnodtke.wk01@bundestag.de

Wahlkreisbüro Stendal:

Bismarckstraße 19
39576 Stendal
Telefon: +49 3931-4931180
Fax: +49 3931-4931182
eckhard.gnodtke.wk02@bundestag.de

Selbstverständlich müsse bei der gesamten Gesetzgebung, die sich auf die Bewältigung der Corona-Krise beziehe, dort nachgebessert werden, wo es notwendig und sinnvoll erscheine, sagt Eckhard Gnodtke, Mitglied des Bundestages.

"Wir haben am 13. März (Kurzarbeitergeld) und am 25. März (Soforthilfen für kleinere Unternehmen, "Rettungsschirm" für größere Unternehmen, beschränktes Mietzahlungsmoratorium, Unterstützung der Krankenhäuser und des gesamten medizinischen Bereichs) die finanziell wohl umfangreichsten Maßnahmen getroffen, die der Bundestag in seiner über 70-jährigen Geschichte je getroffen hat" sagt er.

"In den letzten Tagen haben mich und die anderen Kollegen viele Mails erreicht, in denen Nachbesserungsbedarf unterschiedlicher Art reklamiert wird" sagt Gnodtke. "Die größte Unsicherheit scheint es beim sog. "Mietzahlungsmoratorium" zu geben" ergänzt er. "Artikel 5 des Gesetzes zur Abmilderung der Folgen der COVID-19-Pandemie u. a. im Zivilrecht erlaubt es eben nicht automatisch, den Mietzins entgegen vertraglicher Regelungen einfach so zurückzuhalten.

Und abschließend: "Weil hier die wohl größte Gefahr dahingehend besteht, dass auch kleinere Vermieter, die selbst auf die Mieteinnahmen angewiesen sind und sogar Tilgungen leisten müssen, ihrerseits in Schwierigkeit geraten und somit Kettenreaktionen drohen, habe ich gestern die Justizministerin angeschrieben und um Erarbeitung von Korrekturen gebeten. Die könnten in der 17. Kalenderwoche beschlossen werden".